



INHALT März 2010

SEITE 1

„MARXLOH STELLT SICH QUER“

Breites Bündnis wehrt sich gegen Angriffe

SPD-SPITZE DEMONSTRIERT MIT

SEITE 2

BETRIEBSRATSWAHL

Werbung in sieben Sprachen

„...DAS GEMEINWESEN AKTIV GESTALTEN“

Bündnis Neukölln

LADENSCHLUSS

Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur

SEITE 3

NACHAHMENSWERTES BEISPIEL

Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur

TERMINE

SEITE 4

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTE EINSTELLUNGEN

Informationsbroschüre

FILM DES MONATS:

Ausbeutung einkalkuliert

„MARXLOH STELLT SICH QUER“

Breites Bündnis wehrt sich gegen Angriffe auf das Zusammenleben im Stadtteil

Am 28. März, einem Sonntag, werden all jene, die Nachrichten hören, wissen, wo Marxloh liegt. An diesem Tag nämlich stellt sich der Stadtteil Duisburgs quer – quer gegen eine Demonstration von Pro NRW und NPD. Die beiden rechtsextremen Parteien wollen gegen die Moschee in Marxloh demonstrieren. Mobil gemacht gegen die Provokation hat das Marxloher Bündnis. Das Bündnis sieht in der Demonstration und den Parolen der rechtsextremen Gruppen einen Angriff auf das Zusammenleben von Menschen vieler Nationen im Stadtteil. Die Parolen von Pro NRW „Abendland in Christenhand“ und der NPD „Niemals deutsches Land in Moslem-Hand“ seien nichts anderes als eine Aufforderung zur Vertreibung – so das Bündnis in einer Erklärung. Weiter heißt es: „Wie sollen sich die 60% unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund bei solchen Provokationen fühlen? Hier wird Menschenrecht mit Füßen getreten und man mag es fast kaum glauben, dass solcher Ungeist nach den traumatischen Erfahrungen der Nazizeit noch in irgendwelchen Köpfen Platz hat.“

Das Motto „Marxloh stellt sich quer“ ist durchaus wortwörtlich zu nehmen. Die demokratischen Parteien von der CDU bis zur Linken, die Kirchen, die Gewerkschaften, Schulen, Unternehmen, Vereine, Bürgerinnen und Bürger unterstützen das Bündnis. Wer nicht dabei ist, könnte leicht in den Verdacht geraten, zum rechten Rand zu gehören. An den verschiedensten Orten in der Stadt wird gezeigt werden, wie „das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten funktioniert“, so Michael Lefknecht von Marxloher Bündnis. Und natürlich muss auch die Moschee geschützt werden. Diesen Teil des Querstellens organisiert die DGB-Region Niederrhein. Regionsvorsitzender Rainer Bischoff hat eine Demonstration angemeldet, die um 11. Uhr am Schwelgerstadion startet. Ziel ist ein Platz gegenüber des Ein-

**KEIN NAZI
AUFMARSCH
IN MARXLOH**

27. und 28.3.2010

MARXLOH STELLT SICH QUER

**WWW.MARXLOHER-BUENDNIS.DE
NIE WIEDER FASCHISMUS**

*** GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS**

gangs der Moschee. Dort findet auch eine Kundgebung statt. Einer der Redner ist Josef Krings, von 1975 bis 1997 Oberbürgermeister Duisburgs. „Der Josef“, wie der inzwischen 83jährige SPD-Politiker in der Stadt nach wie vor

heißt, ist noch immer ungeheuer populär. Dabei sein wird auch der aktuelle Oberbürgermeister Adolf Sauerland. Er hatte schon im Januar angekündigt, sich schützend vor die Moschee zu stellen.

SPD-Spitze demonstriert mit

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und die nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende, Hannelore Kraft, haben in einer gemeinsamen Erklärung Anfang März mitgeteilt: „Es ist ein wichtiges Zeichen, dass der DGB Niederrhein für den 28. März in Duisburg-Marxloh gegen den Aufmarsch der Pro NRW und NPD aufruft. Wir beide werden an dieser Demonstration teil-

nehmen und rufen zu einer möglichst breiten Beteiligung aus der Bevölkerung auf. Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus dürfen keinen Platz in unserem Land haben. Wir wollen ein tolerantes und weltoffenes Land, in dem nicht auf Kosten von Minderheiten Hass verkündet wird. Wir werden gemeinsam Flagge gegen Rechts zeigen.“





Interkultureller Arbeitskreis des IG BCE Bezirks Leverkusen

Η στενή, βασισμένη σε εμπιστοσύνη συνεργασία ανάμεσα στους μετανάστες και τα μέλη συμβουλίου προσωπικού του συνδικάτου IG BCE αποτελεί εγγύηση για ίσες ευκαιρίες για τους μετανάστες στις επιχειρήσεις και εργοστάσια.

Τα μέλη συμβουλίου προσωπικού του συνδικάτου IG BCE εκπροσωπούν τα συμφέροντα των εργαζομένων μεταναστών και καταπολεμούν διακρίσεις και άιση μεταχείριση.

Τα μέλη συμβουλίου προσωπικού του συνδικάτου IG BCE προωθούν την ενσωμάτωση και τάσσονται υπέρ μιας ειρηνικής συμβίωσης όλων των ανθρώπων σε ισότητα.

Γι' αυτό: Ψηφίστε την λίστα των
μελών του συνδικάτου IG BCE!



„...DAS GEMEINWESEN AKTIV GESTALTEN“

Bündnis Neukölln für Demokratie, Respekt und Vielfalt

Am 18. Februar ging im Berliner Bezirk Neukölln das „Bündnis Neukölln: Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ mit einer Auftaktveranstaltung in einer Schule erstmals an eine größere Öffentlichkeit.

Der kantige und bisweilen keineswegs unumstrittene Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) ließ es sich nicht nehmen, die SchülerInnen und Gäste selbst zu begrüßen. Er sei in Neukölln geboren und lebe noch immer da und zwar gerne. Das sagt er über einen Bezirk, in dem der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble ein Getto ausgemacht hatte.

Buschkowsky appellierte an die SchülerInnen, sich aktiv für Demokratie und Vielfalt einzusetzen: „Ich wünsche Ihnen die eine oder andere Inspiration, wie wir das Gemeinwesen aktiv gestalten können. Von alleine passiert nichts.“

Einrichtungen des Bezirks gehören ebenso zum Bündnis wie Organisationen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen. Gegründet hat sich das Bündnis im Mai 2009, nachdem

rechtsradikale Aktivitäten bis hin zu Brandanschlägen auf Häuser im Süden des Bezirks zugenommen hatten. Ausgegangen war die Initiative von SPD-Politikern der Bezirksverordnetenversammlung. Um das Bündnis parteiunabhängig zu gestalten ging die Federführung an das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum (IBBC), das die organisatorische Arbeit erledigt.

Im Rahmen der Veranstaltung haben drei Schauspieler des GRIPS-Theaters die szenische Lesung „Ab heute heißt du Sara“ aufgeführt, die auf der Autobiografie „Ich trug den gelben Stern“ von Inge Deutschkron basiert. Sie gehört zu den 1423 Berliner Juden, die das Hitler-Regime in der Stadt untergetaucht überlebten. Das Stück soll nach und nach in allen Neuköllner Schulen aufgeführt werden. Ziel ist es – so Ilknur Gümüş vom IBBC –, die SchülerInnen so zu sensibilisieren, dass sie gegen rechte Parolen immun sind.

Informationen Mail:
info@ibbc-berlin.de

BETRIEBSRATSWAHL

Werbung in sieben Sprachen

Zwischen dem 1. März und 31. Mai 2010 finden Betriebsratswahlen statt. Anders als zum Beispiel bei Bundestags- oder Landtagswahlen ist das aktive und passive Wahlrecht nicht von der deutschen Staatsangehörigkeit abhängig. Der Interkulturelle Arbeitskreis des Bezirks Leverkusen der IG Bergbau – Chemie – Energie hat einen knappen Aufruf, die Liste der BCE zu wählen, in sechs Sprachen übersetzt und als Plakate ausgehängt: Griechisch, Italienisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch. Darüber hinaus liegt der Text auch noch in französischer Sprache vor.

IG BCE-Betriebsräte – so heißt es unter anderem im Text – „vertreten die Interessen der Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund und beseitigen die Diskriminierung und Benachteiligungen“.

Da nicht nur IG-BCE-Betriebsräte in Leverkusen und auch nicht nur BCE-Betriebsräte insgesamt, sondern die Betriebsräte aller DGB-Gewerkschaften so handeln, können diese den Text gerne übernehmen. Die Zeit, die für die Übersetzungen draufginge, kann für etwas anderes genutzt werden.

Die Werbung für die
Betriebsratswahl in
sieben Sprachen kann
im Internet herunter
geladen werden unter:
www.gelbehand.de/betriebsratswahl

LADENSCHLUSS

Handreichung für den Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur

„Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur“ ist der Titel einer Handreichung, die Ende Februar von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) veröffentlicht wurde. In der zwanzigseitigen Broschüre sind Erfahrungen der Auseinandersetzungen mit rechtsextremer Infrastruktur in Berlin – etwa Läden oder Kneipen – zusammengefasst. Immer mehr Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wehren sich mit juristischen Mitteln wie Räumungsklagen und antirassistischen Gewerbemietverträgen aber auch mit kreativen Protestformen im Umfeld gegen rechte Szenetreffe. Ein Ladenschluss wird zwar nicht immer erreicht, aber es gibt viele ermutigende Beispiele.

Neben den Beispielen werden in der Handreichung einschlägige Urteile und rechtliche Grundlagen vorgestellt sowie Handlungs-



möglichkeiten für VermieterInnen, zivilgesellschaftliche Akteure, Nachbarschaften, kommunale Politik und Verwaltung erläutert.

Die Handreichung
kann im Internet
herunter geladen werden
unter:
www.gelbehand.de/ladenschluss

TERMINE

UND VERANSTALTUNGEN:

Präventiv wirken,

aktiv werden gegen Rechts.

Informations- und Diskussionsveranstaltung 18. März 2010
Veranstalter: IG BCE Abt. Migration/Integration und Bildungszentrum Haltern am See, Beginn: 19 Uhr

Informationen: IG BCE

Abt. Migration/Integration,

Tel.: 0511/ 7631-229

Islamkritik oder

antimuslimischer Rassismus?

Podiumsdiskussion 23. März 2010
Veranstalter: IG BCE Abt. Migration/Integration und der IG BCE Bezirk, Hauptverwaltung Hannover
Beginn: 16 Uhr, 1. Etage, Raum C.103

Informationen: IG BCE

Abt. Migration/Integration,

Tel.: 0511/ 7631-229

Die Illusion

der Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem

Informations- und Diskussionsveranstaltung 25. März 2010
Veranstalter: IG BCE Abt. Migration/Integration und Bildungszentrum Bad Münden, Beginn: 19:30 Uhr

Informationen: IG BCE

Abt. Migration/Integration,

Tel.: 0511/ 7631-229

Konflikte wahrnehmen und

bearbeiten, diskriminierenden

Parolen Paroli bieten

Seminar 14. bis 17. März 2010
IG Metall Bildungsstätte Sprockhövel

Informationen: IG Metall

Bildungsstätte Sprockhövel,

Tel.: 02324/ 706-0

Fußball und Rassismus

Informations- und Diskussionsveranstaltung 16. März 2010
Veranstalter: IG Metall Bildungsstätte Sprockhövel, Beginn: 19 Uhr

Informationen: IG Metall

Bildungsstätte Sprockhövel,

Tel.: 02324/ 706-0

Politische Partizipation jetzt –

Demokratie braucht jede Stimme

Informations- und Diskussionsveranstaltung 23. März 2010
Veranstalter: IG Metall Vorstand Frankfurt, Beginn: 19 Uhr,

Informationen: IG Metall Ressort

Migration, Tel.: 069/ 66932252

NACHAHMENSWERTES BEISPIEL

Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur

Erstmals vergibt die Stadt Nürnberg in diesem Jahr den „Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur“. Damit sollen ortsansässige Unternehmen gewürdigt werden, die sich über gesetzliche Mindestanforderungen hinaus in vorbildlicher Weise engagieren, um die Würde und Rechte aller Be-

Unternehmensziele und Unternehmenspolitik sein. Der Nachweis kann zum Beispiel erbracht werden durch Qualifizierungsmaßnahmen der Beschäftigten zu Fragen der Menschenrechte und deren Umsetzung über den Betrieb hinaus. Durch Leitlinien und Kontrollmechanismen bzw. ein nachhaltiges Ma-



schäftigten zu schützen und die Stadt bei ihren Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung zu unterstützen.

Nürnberg greift damit seine Selbstverpflichtung als Stadt des Friedens und der Menschenrechte auch für den Bereich der Arbeitswelt auf. Aus Verantwortung gegenüber der Geschichte der Stadt im Nationalsozialismus hat Nürnberg 1995 das erste kommunale Menschenrechtsbüro Deutschlands eingerichtet und verleiht seither im Turnus von zwei Jahren auch den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis.

Der Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur wird ebenfalls alle zwei Jahre verliehen und zwar alternierend zum Menschenrechtspreis.

Als Kriterien für die teilnehmenden Unternehmen gilt zunächst eine besondere Achtung der Menschenrechte. Diese sollen Bestandteil der

Managementsystem muss sichergestellt sein, dass die Menschenrechte der Beschäftigten im Unternehmen, aber auch bei Zulieferbetrieben gewahrt werden.

Ein weiteres Kriterium ist die Einhaltung von Arbeitsnormen über das gesetzliche Maß hinaus. Das betrifft zum einen Arbeitnehmerrechte wie Vereinigungsfreiheit und freier Zugang von Arbeitnehmervertretern zu den Betrieben sowohl in Deutschland wie in ausländischen Niederlassungen. Dazu zählt auch, dass die Mindestarbeitsnormen der ILO eingehalten bzw. übertroffen werden und das Einkommen das Maß der Existenzsicherung übertrifft.

Zum Kriterium Arbeitsnormen zählt auch der Einsatz für besondere Gleichbehandlungs- und Förderstrategien. Der Nachweis dafür kann zum Beispiel erbracht werden durch den Vorrang von Frauen, Menschen mit Migrationshinter-

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus finden derzeit – bis 28. März – zahlreiche Veranstaltungen statt.

Auf <http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de>, können diese nach Themen, Region oder Veranstalter durchsucht werden.

grund und Älteren bei gleicher Qualifikation oder Fortbildungsmaßnahmen zur Entwicklung und Stärkung interkultureller Kompetenzen.

Ein drittes Kriterium ist schließlich die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Ein Beispiel ist die Förderung von Projekten und Initiativen, deren Arbeit auf Völkerverständigung, Integration und interkulturelles Verständnis zielen.

Die Auslobung des „Nürnberger Preis für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur“ ist in anderen Kommunen auf hohes Interesse gestoßen – dies berichtet Martina Mittenhuber vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Sie hat die Initiative in einer Reihe europäischer Städte von Toulouse bis Potsdam vorgestellt. Einhelliger Tenor: ein nachahmenswertes Beispiel.

Das findet auch der Vorsitzende der DGB-Region Mittelfranken, Stephan Doll, der auch der Jury angehört. Er hofft, dass das Thema Antidiskriminierung durch die Auslobung des Preises in den Betrieben stärker beachtet wird. Gerade in der Krise bestehe die Gefahr, dass Diskriminierungsfälle weniger Beachtung finden, weil andere Themen obenan stehen und auch Betroffene aus Sorge um den Arbeitsplatz nicht wagen, sich an den Betriebsrat zu wenden und zu wehren. Der DGB werde seinen Teil dazu beitragen, dass eine diskriminierungsfreie Unternehmenskultur ein Thema in Mittelfranken ist.

Informationen unter:

www.menschenrechte.nuernberg.de

Wettbewerb „Die gelbe Hand“

Letzte Chance: Einsendeschluss 31. März

Der Einsendeschluss für den fünften Wettbewerb „Die gelbe Hand“ des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an! e. V.“ ist am 31. März. Jugendliche an berufsbildenden Schulen oder in einer beruflichen Ausbildung, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Lehrkräfte von Berufsschulen sind aufgerufen, Beiträge gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander einzureichen.

Die besten Projekte werden mit Geld- und Sachpreisen im Wert bis zu 1000 Euro ausgezeichnet. Die ersten drei bekommen Geldpreise, die Plätze vier bis zehn Sachpreise. Für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden zusätzlich je ein Sonderpreis in Höhe von 500 Euro für die besten Landesprojekte vergeben.

Weitere Informationen und Beispiele stehen im Internet unter:

www.gelbehand.de/wettbewerb

AUSBEUTUNG EINKALKULIERT

**Film des Monats:
Arbeitsmigranten auf dem Bau**

Weltweit gibt es mehr als 200 Millionen Arbeitsmigranten und -migrantinnen. Um Arbeit zu finden, müssen sie ihr Land und ihre Familien verlassen und begeben sich oftmals in eine ungewisse Situation.

Auch in Europa sind Wanderarbeiter und -arbeiterinnen ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Viele von ihnen arbeiten ohne Papiere und somit ohne sozialen Schutz. Ihre grenzenlose Ausbeutung hat System. Sie wird auch in Deutschland „billigend in Kauf“ genommen – im wahrsten Sinne des Wortes. Ein markantes Beispiel ist die Bauwirtschaft. In dem Film kommen Arbeitsmigranten und -migrantinnen aus diesem Wirtschaftszweig zu Wort und berichten über ihre Situation. Zusätzliche Interviews mit Experten erhellen ein Stück Arbeitswelt in Deutschland, das sonst eher im Dunkel liegt. Im einzelnen sind das André Grundmann, IG BAU Regionalleiter Nord, Frank Schmidt-Hullmann, Leiter der Abteilung Internationales und Europäische Baupolitik bei der IG BAU, Holger Vermeer, IG BAU Gewerkschaftssekretär Region Rheinland, Wolfgang Leihner-Weygandt, Staatlicher Arbeits- und Gesundheitsschutz, Regierungspräsidium Darmstadt, und Claus-Peter Möller, Hauptzollamt Darmstadt/ Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), Wiesbaden.

Regie: Alf Mayer
Eine Produktion in Kooperation mit XARASmedia, Frankfurt/ Main
Hrsg.: Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung
Dokumentation Deutschland 2009
Laufzeit: 55 Min.

Der Film kann über das DGB-Bildungswerk ausgeliehen werden: www.migration-online.de/medienverleih

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTE EINSTELLUNG

Informationsbroschüre bietet Daten und Informationen

	2005	2006	2007	2008	pro 1 Mio. (2008)
Sachsen-Anhalt	107	111	87	100	41,5
Sachsen	89	77	90	126	29,9
Brandenburg	97	90	93	72	28,8
Thüringen	53	55	61	64	28,3
Hamburg	20	29	22	45	25,4
Mecklenb.-Vorpommern	28	27	33	42	25,0
Berlin	48	102	47	78	22,8
Schleswig-Holstein	55	65	59	45	15,8
Bremen	9	2	16	10	15,4
Niedersachsen	119	138	110	111	13,9
Nordrhein-Westfalen	121	145	122	165	9,1
Saarland	15	8	12	8	7,7
Rheinland-Pfalz	24	24	39	28	6,9
Bayern	77	47	82	68	5,4
Baden-Württemberg	71	99	78	56	5,2
Hessen	25	28	29	25	4,1

Daten: Bundeskriminalamt, Verfassungsschutzberichte, Zusammenstellung: Jugendamt der Stadt Essen, Aktionskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen

Inzwischen in der fünften Auflage erschienen ist die Informationsbroschüre „Statistiken und Schaubilder zum Thema: Rechtsextremismus und rechte Einstellungen“. Herausgeber sind das Jugendamt der Stadt Essen und der Aktionskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen.

Die Broschüre bietet eine Reihe von in Statistiken und Schaubilder gefasste Daten zur Verbreitung rechtsorientierter Einstellungen. Um diese Daten einordnen zu können, werden Merkmale rechtsgerichteten Denkens und rechtsextremer Einstellungen erläutert. Zu den Merkmalen zählen unter anderem Darwinismus zwischen den Völkern, Sündenbockdenken, rassistisch motivierte Elitebildung, Ablehnung von Pluralismus. Zusammenfassend wird als Definition angeboten: „Der Rechts-extremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ Rechtsorientierte Einstellungen werden auch mit Blick auf die Gesamtgesellschaft untersucht. Dabei wird deutlich, dass

solche Denkmuster keineswegs nur ein Phänomen des rechten Randes sind, sondern sich zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft verbreiten. Das reduziert sich nicht auf bestimmte soziale Milieus oder soziodemografische Merkmale. Allerdings unterscheidet sich die Verbreitung rechtsorientierter Einstellungen in den verschiedenen Gruppen. So bietet zum Beispiel ein höherer Bildungsgrad eine gewisse Immunisierung gegen rechtes Denken. Es zeigt sich auch, dass die Gruppe der über 60jährigen eher für rechtes Gedankengut anfällig ist als Jüngere. Was die Größenordnung der organisierten rechtsorientierten Menschen angeht, ist diese mit rund 30.000 (2008) zunächst einmal – so die Broschüre „vergleichsweise klein... verglichen mit dem Anteil von 15 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, die über ein mehr oder weniger rechts geprägtes Weltbild verfügt“. Das dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass – wie verschiedene Studien zeigen – „das Potenzial rechtsextremer Einstellungen als hoch zu bewerten ist“. Dies gilt in Bezug darauf, dass ein hoher Prozentsatz – bis zu über 30 Prozent – zumindest teilweise mit rechten Positionen übereinstimmt. Schließlich sind in der Informationsbroschüre auch die Wahlergebnisse rechter Parteien, Zahlen zu rechtsextrem motivierten Straftaten und Ge-

walttaten veröffentlicht. Dazu wird auch ein kritischer Blick auf die offiziellen Zahlen der Strafverfolgungsbehörden geworfen.

Die Informationsbroschüre „Statistiken und Schaubilder zum Thema: Rechtsextremismus und rechte Einstellungen“ (Hrsg.: Jugendamt der Stadt Essen/ Aktionskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen) kann im Internet herunter geladen werden unter: www.gelbehand.de/statistiken

IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk
Volker RoBocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900